

# Global Governance

## *Für eine gerechtere Welt*

16/213

### **Gemeinsame Verantwortung ist der Schlüssel**

Die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfordern neue Formen der internationalen Zusammenarbeit. Klimawandel, Armut, Hunger, Rohstoffkrise und Rüstungswettlauf – keines der großen Probleme unserer Zeit kann für sich gelöst werden und kein Staat der Welt kann sie allein meistern. Der Schlüssel liegt darin, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und die internationalen Institutionen zu stärken. Im internationalen Sprachgebrauch hat sich dafür der Begriff „Global Governance“ etabliert.

Die internationalen Organisationen spiegeln noch die Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg wider. Doch unsere globalisierte Welt der Gegenwart ist eine andere. China, Indien, Brasilien und Russland sind dabei, traditionelle Industriestaaten mit ihrer Wirtschaftskraft zu übertreffen. Die Kräfteverhältnisse formen sich neu. Deshalb brauchen wir neue Strukturen und Spielregeln in der globalen Politik.

Diese Neuordnung dürfen wir aber nicht den Starken und Mächtigen überlassen. Wir Grüne sind dem Ideal einer gerechten Welt verpflichtet. Der Weg dorthin führt über internationale Zusammenarbeit auf der Basis verbindlicher Regeln und die Lösung von Problemen durch Verhandlungen. Wir wollen die Globalisierung politisch und gerecht gestalten.

Den Klimawandel können wir nicht alleine in Europa bekämpfen, sondern nur zusammen mit anderen, mit China, Indien, den USA. Der Welthandel wird nur fairer werden, wenn arme und reiche Länder gemeinsam daran arbeiten. Und auch unser Finanzsystem können wir nur durch internationale Anstrengung stabilisieren. Mit einem wirksamen Multilateralismus kann es gelingen, die Interessen unterschiedlichster Weltregionen zu befriedigen.

Die wichtigste Institution für eine Global Governance ist die UNO. Ihre Reform ist notwendig und wird lange dauern. Herausforderungen wie der Klimawandel, die Finanzkrise und zunehmende weltweite Konflikte dulden aber keinen Aufschub. Wir müssen sie jetzt anpacken: mit gestärkten internationalen Institutionen und ergebnisorientierten Instrumenten. Nicht zuletzt in dem Bewusstsein, dass unsere Welt nur dann zusammenwächst, wenn wir gemeinsam und auf Augenhöhe an Lösungen arbeiten.

### **Herausforderung Klimawandel und Energiehunger**

Der Klimawandel wird uns bis Mitte des Jahrhunderts jedes Jahr schätzungsweise fünf Prozent des Weltsozialprodukts kosten. Noch nie haben die Märkte so versagt wie beim Klimaschutz. Und er wird die Armut auf der Welt vergrößern, weil er in vielen Regionen den Menschen die Lebensgrundlage raubt. Schaffen wir es nicht, die Veränderung des Klimas aufzuhalten, werden Menschen massenhaft aus verödeten oder überfluteten Gebieten fliehen. Ganze Staaten könnten an den Folgen des Klimawandels zerbrechen.

Die Ursache des Klimawandels ist unser übermäßiger und verschwenderischer Verbrauch von Öl, Gas und Kohle. Diese Ressourcen sind zudem ungleich verteilt, das führt zu Spannungen und steigenden Preisen. 15 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen rund 60 Prozent des Rohöls und Erdgases. Bis 2030 wird der Bedarf an Energie um mehr als die Hälfte zunehmen. Vor allem in Indien und China ist der Energiehunger riesig. Die wenig entwickelten Länder ohne eigene Rohstoffe haben das Nachsehen.

### **Institutionen und Instrumente – für eine Energiewende**

Die UN-Umweltbehörde (UNEP) muss aufgewertet werden. Wir brauchen eine schlagkräftige UN-Umweltorganisation (UNEO), die auch im Bereich Energie Verantwortung trägt. Liefer-, Transit- und Verbrauchsländer müssen hier an einen Tisch.

Der Klimaschutz kann nur mit völkerrechtlich verbindlichen Regelungen gelingen. Wir brauchen ein „Kyoto Plus“-Abkommen unter dem Dach der UN-Klimarahmenkonvention. Alle Staaten müssen sich verpflichten, gemeinsam den Anstieg der Durchschnittstemperatur auf höchstens zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. „Kyoto Plus“ muss den Emissionshandel weltweit ausdehnen und auch den Flug- und Schiffsverkehr einschließen.

Wir müssen erneuerbare Energien weltweit fördern. Die neu gegründete Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Schon in wenigen Jahren werden regenerative Energien in vielen Bereichen billiger sein als fossile und atomare Energie. Auch Biotreibstoffe können eine saubere Alternative zum Öl sein, allerdings nur, wenn sie nachhaltig produziert werden. Das muss international verbindlich zertifiziert und kontrolliert werden.

Atomkraft ist keine Lösung: Zum einen birgt sie große Risiken, zum anderen produziert sie ausschließlich Strom und verschleudert 70 Prozent der Energie als Abwärme. Die Klimabilanz eines Atomkraftwerks ist schlechter als die eines modernen gasbetriebenen Blockheizkraftwerks. Ohnehin liefert Atomkraft nur 2,5 Prozent des weltweiten Endenergiebedarfs. Schon deshalb sind Kernkraftwerke kein Beitrag zum Klimaschutz.

### **Grüne Vision: Gerechte Klimapolitik**

Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Maximen auch bei den Themen Klima und Energie. Nur gemeinsam können Industrienationen, Schwellen- und Entwicklungsländer den Klimawandel eindämmen. Wir müssen die wirtschaftliche Entwicklung von den CO<sub>2</sub>-Emissionen abkoppeln, und zwar gerade auch in Entwicklungsländern. Klimapolitik darf nicht zulasten der Ärmsten gehen.

Alle Menschen haben ein Recht auf Rohstoffe und Energie. Damit nicht nur die Reichen ihre Interessen durchsetzen, muss der Zugang zu Ressourcen kooperativ gesichert werden. Eine gerechte lokale und regionale Verteilung, garantiert durch vertragliche Regelungen, ist die beste Krisenprävention. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir weltweit eine Energiewende vorantreiben, das heißt einen Großteil der Energie aus regenerativen Quellen erzeugen und Energie sparsamer und effizienter nutzen.

### **Herausforderung Finanzkrise**

Ihren Ausgang nahm die Finanzmarktkrise in den USA, betroffen ist die ganze Welt. Alle Anzeichen für die Krise wurden ignoriert, nicht nur die US-Regierung hat versagt. Weder die internationalen Finanzorganisationen noch die G8, noch Europa haben wirksame Reformen und dringend notwendige Regulierungen durchgesetzt. Abenteuerliche und unkontrollierte Finanztransaktionen und -produkte haben die Krise verstärkt. Rating-Agenturen trugen dazu bei: Mit faulen Krediten bepackte Wertpapiere erhielten Bestnoten.

### **Institutionen und Instrumente – für kontrollierte Finanzmärkte**

Die Aufsicht über Großbanken und die internationalen Finanzmärkte muss verbessert werden. Dazu gehört eine europäische Finanzaufsicht, die auch dem Anlegerschutz verpflichtet ist. Unverantwortliche, von der Realwirtschaft abgehobene Finanzprodukte müssen verboten werden. Eine international festgeschriebene Rahmenordnung für Rating-Agenturen ist überfällig, genauso eine effektive Regulierung von Hedgefonds. Die Eigenkapitalvorschriften der Banken müssen verschärft und ausgedehnt werden. Steueroasen hintertreiben eine Finanzaufsicht und effektive Regulierung. Wir fordern: Keine Toleranz gegenüber Steuerparadiesen, auch nicht in der Europäischen Union.

International sollten wir über Abgaben für Klimaschutz, Entwicklung und zur Stabilisierung der Finanzmärkte diskutieren. Eine Tobin-Steuer auf globale Börsen- und Devisentransaktionen, eine europäische Finanzumsatzsteuer und eine Kerosinsteuer beispielsweise würden die Finanzierung dieser Ziele erleichtern und der Politik wertvolle Steuerungsinstrumente an die Hand geben.

## **Grüne Vision: Neue globale Finanzarchitektur**

Die aktuelle Krise hat uns vor Augen geführt, dass wir eine neue weltweite Finanzarchitektur brauchen. Die Strukturen von IWF und Weltbank sind anachronistisch: Die USA und Europa dominieren und stellen das Führungspersonal, die Entwicklungsländer hingegen sind kaum vertreten. Legitimität können diese Institutionen jedoch nur beanspruchen, wenn sie alle Mitgliedstaaten angemessen repräsentieren. Und IWF und Weltbank sind für eine globale Finanzarchitektur nicht ausreichend.

## **Herausforderung Welthandel**

Seit sieben Jahren debattiert die Welthandelsorganisation (WTO) darüber, wie Entwicklungs- und Schwellenländer besser am weltweiten Handel beteiligt werden können. Bisher blieb die sogenannte Doha-Runde ohne Erfolg. Lange waren die Industrieländer die bestimmenden Akteure im internationalen Handelssystem. Inzwischen haben sich neue Konstellationen gebildet. Die Zeiten, in denen eine Welthandelsrunde abgeschlossen werden konnte, wenn sich die USA und Europa einig waren, sind passé.

### **Institutionen und Instrumente – für fairen Handel**

Die Welthandelsrunde muss erfolgreich abgeschlossen werden, sodass Entwicklungsländer einen besseren Marktzugang erhalten. Handelsverzerrende Agrarsubventionen sind abzubauen. Ausländische Lebensmittel zu Dumpingpreisen dürfen die Märkte der Entwicklungsländer nicht ruinieren.

Die Welthandelsorganisation ist derzeit nicht in der Lage, auf neue Herausforderungen wie den Klimawandel und die Agrarkrise zu reagieren. Besonders schwache Entwicklungsländer müssen gestärkt werden, indem sie ihre Landwirtschaft, ihre neu entstehende Industrie und ihren Dienstleistungssektor vor übermächtiger Konkurrenz schützen dürfen.

Internationale Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums dürfen nicht den Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten behindern. Das betrifft zum Beispiel die Produktion von Generika gegen HIV/Aids und Tuberkulose. Patentrechte dürfen KleinbäuerInnen in Entwicklungsländern nicht daran hindern, ihr traditionelles Saatgut und ihre Heilpflanzen zu verwenden.

Der Welthandel braucht ökologische und soziale Standards. Die internationalen Konventionen zu sozialen Rechten, Bürger- und Frauenrechten sowie Umweltabkommen müssen durchgesetzt werden. Die Regeln des Welthandelssystems dürfen Standards nicht unterlaufen. Umweltschädliche Subventionen müssen abgebaut werden, beispielsweise in der Fischerei. Transnational agierende Unternehmen müssen ihre globale Verantwortung wahrnehmen. Der Global Compact, eine freiwillige Vereinbarung von Unternehmen mit der UNO, ist ein guter Ansatz. Er kann aber weder rechtlich verbindliche ökologische und soziale Mindeststandards noch Menschenrechtsnormen ersetzen.

## **Grüne Vision: Gerechtere Welthandelsordnung**

Wir setzen uns für eine gerechtere Welthandelsordnung ein. Alle Teilnehmer sollen von multilateralen und transparenten Handelsregeln profitieren. Multilaterale Abkommen sind eher geeignet, Interessen fair auszugleichen. Bilaterale Abkommen können dagegen zu Blockbildung und Abgrenzung führen. Gerade kleinere und ärmere Länder leiden darunter.

## **Herausforderung Frieden und Menschenrechte**

Globalisierung ohne Regeln schürt Konflikte und Kriege: Die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich, der Kampf um Rohstoffe eskaliert, der Klimawandel zerstört Existenzen. Das schafft Unsicherheit und Instabilität. Klima- und Ressourcenkriege wie im Sudan und der Demokratischen Republik Kongo sind eine Folge. Es sind nicht vorrangig Kriege zwischen Staaten, die heute das Leben vieler Menschen bedrohen. Bürgerkriege, internationaler Terrorismus, Flucht, Vertreibung, Krankheit und Armut sind oftmals die größeren Gefahren.

## **Institutionen und Instrumente – für Sicherheit und Abrüstung**

Die in der UN-Menschenrechtscharta international anerkannten Rechte müssen Ziel und Maßstab globalen Regierens sein. Menschenrechte müssen weltweit in allen Bereichen der Politik verankert und umgesetzt werden. Das verlangt auch, Menschenrechtsverletzungen unmissverständlich anzuprangern. Kritik allein reicht aber nicht aus. Im Dialog können Lösungswege gefunden und Verbesserungen vorangetrieben werden.

Der Internationale Strafgerichtshof macht es möglich, KriegsverbrecherInnen zur Rechenschaft zu ziehen. Ihn müssen wir stärken. Auch der neue UN-Menschenrechtsrat bietet Chancen für eine wirkungsvollere Menschenrechtspolitik. Seine Instrumente müssen wir ausbauen.

Nach dem Versagen der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Ruanda wurde das Konzept „Responsibility to Protect“ entwickelt, um Völkermord und andere schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Das Konzept sieht die Staatengemeinschaft in der Pflicht, falls die politische Führung eines Landes ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung nicht nachkommt. Nachdem der UN-Weltgipfel 2005 dieses Konzept billigte, muss es nun in Recht umgesetzt werden, damit es tatsächlich Schutz ermöglicht.

Internationale Vereinbarungen zur Abrüstung müssen vorangetrieben und umgesetzt werden. Von 2001 bis 2007 sind die Ausgaben für Rüstung weltweit um über 30 Prozent auf rund 1,3 Billionen US-Dollar gestiegen. Deutschland hat den sechstgrößten Rüstungsetat und ist drittgrößter Waffenexporteur. Die Parlamente müssen Rüstungsexporte strenger kontrollieren. Die Verpflichtungen des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags müssen eingehalten und die Möglichkeiten, dies zu überwachen und Verstöße zu ahnden, verbessert werden.

Die Vereinten Nationen sind aufgrund ihrer universalen Legitimation die wichtigste Institution für die Friedenssicherung. Doch ihre Möglichkeiten, Krisen vorzubeugen und Frieden zu sichern, müssen wir stärken. Fast 110.000 SoldatInnen, PolizistInnen und zivile Fachleute aus 160 Nationen sind derzeit in 20 UN-Missionen im Einsatz. Die Kosten dieser Einsätze von sechs Milliarden US-Dollar im Jahr 2008 entsprechen nur einem halben Prozent der weltweiten Militärausgaben. Damit die UNO ihren gewachsenen Aufgaben gerecht werden kann, braucht sie mehr Geld und vor allem mehr gut ausgebildetes Personal.

## **Grüne Vision: Sicherheit für alle**

Sicherheit schaffen heißt für uns, Frieden für alle möglich zu machen. Unser Verständnis einer nachhaltigen Sicherheit geht über die militärische Ebene hinaus. „Human Security“ orientiert sich am Menschen. Sicher zu sein bedeutet demnach, in Würde zu leben, frei von Not und Furcht. Wir müssen Krisen mit zivilen Mitteln vorbeugen. Diese Politik ist aber nur glaubwürdig und wirksam, wenn wir umfassende Kapazitäten dafür bereitstellen.

## **Herausforderung Armut und Entwicklung**

Die Globalisierung verschärft die Spaltung der Erde: in hoch entwickelte Regionen und solche, in denen Menschen ums bloße Überleben kämpfen. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung muss von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben. Täglich sterben Zehntausende, weil sie nichts zu essen oder zu trinken haben oder weil sie sich keinen Arzt und keine Medikamente leisten können.

Die Vereinten Nationen haben sich mit den Millennium-Entwicklungszielen vorgenommen, die Zahl der extrem Armen und Hungernden bis 2015 wenigstens zu halbieren. Entscheidend dafür ist, dass die reichen OECD-Länder ihr Versprechen einhalten, 0,7 Prozent ihres Bruttonationalproduktes für Entwicklungshilfe zu verwenden.

## **Institutionen und Instrumente – für nachhaltige Entwicklung**

Um Armut erfolgreich zu bekämpfen, müssen wir Handel und Finanzmärkte effektiv regulieren. Außerdem müssen wir die Entschuldung vorantreiben und ein internationales Insolvenzrecht schaffen, um den ärmsten Ländern einen wirtschaftlichen Neuanfang zu ermöglichen.

Afrika wird nur einen dauerhaften Aufschwung erleben, wenn Landwirtschaft, Handel und Unternehmertum vor Ort gestärkt und gute politische und wirtschaftliche Führung gefördert werden. Die Afrikanische Union hat mit ihrer Entwicklungsstrategie (NePAD) den Rahmen für Eigeninitiativen und für die Kooperation mit Entwicklungspartnern geschaffen.

Die Welternährungskrise ist ein strukturelles und daher kein vorübergehendes Problem. Die Ursachen sind vielfältig: Neue Essgewohnheiten in Asien, ein hoher Ölpreis und die Vernachlässigung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern tragen genauso dazu bei wie der Anbau von Energiepflanzen, Agrarsubventionen und der Klimawandel. Spekulationen auf Rohstoffe haben diese Entwicklung auf fatale Weise verstärkt, ihnen müssen wir Einhalt gebieten.

### **Grüne Vision: Recht auf Nahrung**

Ernährung ist ein Menschenrecht. Es hat Vorrang vor handels- und agrar-, vor energie- und finanzpolitischen Interessen. Im Kampf gegen den weltweiten Hunger muss die internationale Gemeinschaft sowohl Soforthilfe leisten als auch konsequent nach dauerhaften Auswegen suchen. Global Governance muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

## **Globale Akteure und Strukturen stärken**

### **UNO handlungsfähiger machen**

Die Institutionen des vergangenen Jahrhunderts können die globalen Herausforderungen der Gegenwart nicht bewältigen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen spiegelt die Verhältnisse von 1945, aber nicht die heutige Realität wider. Die Stärke der UNO – 192 Mitgliedstaaten machen gemeinsam Politik – ist zugleich ihre Schwäche: Sie ist zu komplex, unüberschaubar und langsam. Wir müssen die UNO reformieren, um sie handlungsfähig zu machen. Unser oberstes Ziel ist eine gerechtere Zusammensetzung des Sicherheitsrates. Afrika und Lateinamerika und auch wichtige Beitragszahler wie Indien und Deutschland sollten ständige Sitze erhalten. Langfristig wollen wir einen gemeinsamen europäischen Sitz einrichten und das Vetorecht abschaffen, weil es die Arbeit des Sicherheitsrates ständig blockiert.

Regionalorganisationen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die OSZE, die den gesamten euroasiatischen Raum sowie die USA und Kanada abdeckt, können einen wichtigen Beitrag für Global Governance leisten.

Die NATO bleibt als Element der transatlantischen Sicherheitskooperation relevant, bildet aber nicht die richtige Ebene, um der Vielzahl der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen.

### **G8 ist zu klein für diese Welt**

Auch die Gruppe der ursprünglich sieben wichtigsten Industrienationen, ergänzt von Russland, entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Die G8 ist zu klein für diese Welt. Wir unterstützen den Vorschlag, ein Global Leaders Forum unter dem Dach des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO zu gründen. Die 27 Mitglieder dieses Forums, die L27, würden alle Weltregionen vertreten und damit sicherstellen, dass verschiedenste Interessen bei den Diskussionen und Entscheidungen berücksichtigt werden.

Wir brauchen aber auch kurzfristig neue Gremien, um etwa auf der Weltfinanzkonferenz über eine neue internationale Finanzarchitektur zu beraten. Ein pragmatischer Ansatz, wenn auch keiner mit universeller Legitimität, ist der von Weltbankpräsident Robert Zoellick. Statt ein festes Modell für multilaterale Zusammenarbeit zu etablieren, schlägt er einen Lenkungsausschuss vor. Daran sollen neben den FinanzministerInnen der G20 auch Weltbank, Währungsfonds und WTO sowie VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen und des Privatsektors in Foren beteiligt sein.

## EU stärken

Wir wollen eine starke EU, die sich weltweit für Frieden, Menschenrechte und eine gerechte und nachhaltige Globalisierung einsetzt. Damit die Europäische Union als globale Akteurin überzeugen kann, müssen ihre Mitgliedstaaten stärker zusammenarbeiten. Entscheidend ist eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, an der das Europäische Parlament gleichberechtigt beteiligt wird.

Missionen unter UN-Mandat in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Polizei und Militär sind ein wichtiger Beitrag der EU, Konflikte präventiv und friedlich zu lösen. Dafür brauchen wir größere Kapazitäten. Als Gegengewicht zur Europäischen Verteidigungsagentur wollen wir eine Friedensagentur aufbauen, die sich mit zivilen Mitteln für Recht und Sicherheit einsetzt.

Die Europäische Union muss eine treibende Kraft sein, um die UN-Entwicklungsziele zu erreichen. Auch bei der Klima- und Handelspolitik muss sie mit gutem Beispiel vorangehen. In allen Bereichen müssen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit die Maßstäbe sein.

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, Flüchtlinge umfassend und uneingeschränkt zu schützen. Das muss bedeuten, dass alle Schutzbedürftigen einreisen dürfen – und nicht an den Außengrenzen weiterhin Menschenrechte grob missachtet werden. Wir Grüne fordern ein Gesamtkonzept, das die Ursachen von Migration berücksichtigt. Flüchtlingspolitik heißt deshalb auch, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Entwicklung weltweit zu fördern, Handels- und Agrarpolitik fair zu gestalten und den internationalen Umweltschutz voranzubringen.

## Und Deutschland?

Deutschland kann den globalen Herausforderungen nicht allein begegnen. Aber wir können mit gutem Beispiel vorangehen. Wer international für Abrüstung eintreten will, muss auch seine eigenen Bestände an Streumunition und Landminen vernichten und Rüstungsexporte begrenzen. Wer den Klimawandel eindämmen will, muss im eigenen Land ehrgeizige Klimaziele umsetzen und erneuerbare Energien ausbauen. Gefragt ist Politik, die sich an der Lösung der Probleme orientiert, nicht an der Zuständigkeit einzelner Ressorts. Leitlinie muss sein, wie wir einen wirksamen Beitrag dazu leisten können, die globalen Herausforderungen in gemeinsamer Verantwortung anzugehen.

## Gemeinsam handeln – für Gerechtigkeit und Fairness!

### Grüne Global Governance

- setzt sich weltweit für Gerechtigkeit und die Sicherheit der Menschen ein.
- nimmt die Industriestaaten stärker in die Verantwortung.
- gestaltet internationale Vereinbarungen demokratisch und fördert Mitbestimmung.
- schafft keine Weltregierung, sondern löst Probleme möglichst vor Ort.
- will das Denken in politischen Ressorts überwinden und vernetzt handeln.
- sorgt dafür, dass Globalisierung Frauen nicht benachteiligt, sondern stärkt.

### Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
AK 4: Internationale Politik und Menschenrechte  
T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, [info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)

### Bundestagsdrucksachen:

16/7531 Finanzmärkte stabilisieren  
16/11757 Zeit für Abrüstung und Rüstungskontrolle

### Zum Weiterlesen:

Grün global – Internationale Politik (Broschüre 16/100)  
Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit (Broschüre 16/159)  
Essen satt – Den Hunger bekämpfen (Flyer 16/93)  
Grüne Global Governance (Beschluss vom 12.11.08)  
Menschenrechtspolitik (Beschluss vom 02.12.08)